

Der Faktor Deutschland in der niederländischen Außenpolitik seit 1945*

Über den *Schatten Deutschlands*¹ ist gehandelt worden, von *Argwohn und Profit*² im deutsch-niederländischen Verhältnis war die Rede, über *Deutschland, Partner aus Notwendigkeit*,³ wurde ebenso geschrieben wie über *Zwei Nachbarn - zwei Kulturen*.⁴ Bereits eine kleine Auswahl von Buchtiteln über das niederländisch-deutsche Verhältnis verweist auf die inhärente Spannung, die die Beziehungen zwischen diesen *zwei ungleichen Nachbarn*⁵ kennzeichnet. In seinem 1982 erschienenen Bericht *Faktor Deutschland* faßte der wissenschaftliche Beirat der niederländischen Regierung diese Spannung in die Begriffe 'Sensibilität' und 'Verwundbarkeit'. Die Sensibilität eines Landes definierte der Beirat in Anlehnung an die amerikanischen Politologen R.O. Keohane und J.S. Nye als "das Ausmaß, in dem Phänomene in anderen Ländern Folgen für das eigene Land haben". Unter Verwundbarkeit wurde das "Verfügen oder Nichtverfügen über politische Alter-

* Der Autor lehrt Politische Geschichte an der Rijksuniversiteit Utrecht und ist außerordentlicher Professor für Deutschlandstudien an der Rijksuniversiteit Groningen. Der Beitrag ist die leicht überarbeitete Fassung eines vom Autor verfaßten Artikels mit dem Titel *Sensibilität und Verwundbarkeit. Die Niederlande und die deutsche Frage*, in: R. FREMDLING u.a. (Hrsg.), *Die überwundene Angst? Die neun Nachbarländer und die deutsche Einheit*, Groningen 1994.

¹ Nederlands Genootschap voor Internationale Zaken (Hrsg.), *In de schaduw van Duitsland. Een discussie*, Baarn 1979.

² H.J.G. BEUNDERS/H.H. SELIER, *Argwaan en profijt. Nederland en West-Duitsland 1945-1981*, Amsterdam 1983.

³ F. WIELENGA, *West-Duitsland: partner uit noodzaak. Nederland en de Bondsrepubliek 1949-1955*, Utrecht 1989.

⁴ H.W. VON DER DUNK, *Twee bureu, twee culturen. Opstellen over Nederland en Duitsland*, Amsterdam 1994.

⁵ H. LADEMACHER, *Zwei ungleiche Nachbarn. Wege und Wandlungen der deutsch-niederländischen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert*, Darmstadt 1990; vgl. auch: J.C. HESS/F. WIELENGA, *Duitsland in de Nederlandse pers - altijd een probleem? Drie dagbladen over de Bondsrepubliek 1969-1980*, Den Haag 1982; und F. WIELENGA, *Die Niederlande und Deutschland: Zwei unbekannte Nachbarn*, in: *Internationale Schulbuchforschung* 5 (1983) Nr. 2, S. 145-155.

nativen zur Begrenzung der Sensibilität" verstanden.⁶ Es ist nicht verwunderlich, daß in der Schlußfolgerung dieses Gutachtens über die niederländische Politik gegenüber der Bundesrepublik Deutschland von "einem starken Maß an Sensibilität" auf niederländischer Seite gesprochen wurde und der politische Spielraum zu ihrer Verringerung als "relativ gering" bezeichnet wurde.⁷

Die durch den wissenschaftlichen Beirat konstatierte Abhängigkeit auf wirtschaftlichem und sicherheitspolitischem Gebiet kann nicht losgelöst von der ambivalenten politisch-psychologischen Haltung Deutschland gegenüber gesehen werden: Bewunderung und Mißbilligung, intensive Beziehungen und Distanz, Vertrauen und Mißtrauen - es sind solche Begriffspaare, die aus niederländischer Perspektive die Beziehung zu den östlichen Nachbarn vielfach kennzeichnen. Zu Recht stellte der außenpolitische Kommentator des liberalen *NRC Handelsblad*, J.L. Heldring, 1988 fest, daß "das Verhältnis eines kleinen Volkes einem großen Nachbarvolk gegenüber immer psychologisch beladen ist - auf seiten des kleinen Volkes wohlgemerkt".⁸ Dem kann zum einen hinzugefügt werden, daß dies umso mehr gilt, wenn das größere Volk die Autonomie des kleineren in einer nicht allzu fernen Vergangenheit schwer verletzt hat und wenn das kleinere Volk diese Periode der Verletzung (1940-1945) als einen wichtigen Bestandteil seines kollektiven historischen Bewußtseins verinnerlicht hat. Zum anderen ist hinzuzufügen, daß diese Ambivalenz und dieses strukturelle Spannungsfeld zwischen dem Kleinen und dem Großen seit der deutschen Vereinigung noch zugenommen haben. Es sind diese strukturellen und historischen Gegebenheiten, die in Betracht gezogen werden müssen, wenn man das zuweilen ambivalente niederländische Wahrnehmungsmuster gegenüber Deutschland erklären will.

Mögen die niederländisch-deutschen Nachkriegsbeziehungen auch noch so sehr durch die Besatzungszeit und die internationale Entwicklung nach 1945 geprägt worden sein, vor dem genannten Hintergrund des strukturellen Spannungsfeldes, wäre es falsch, älteren Mustern des bilateralen Verhältnisses keine Beachtung zu schenken. Seitdem in dem zersplitterten Deutschland des 19. Jahrhunderts das Streben nach staatlicher Einheit zur Entfaltung kam, entwickelte sich eine bilaterale Beziehung, die in den Niederlanden sowohl auf wirtschaftlichem Gebiet als auch auf dem der nationalen Sicherheit tiefe Spuren hinterließ. Mit der Gründung des deutschen Kaiserreiches im Jahre 1871 war an der niederländischen

⁶ Wetenschappelijke Raad voor het Regeringsbeleid, *Onder invloed van Duitsland. Een onderzoek naar gevoeligheid en kwetsbaarheid in de betrekkingen tussen Nederland en de Bondsrepubliek*, Den Haag 1982, S. 8. Eine deutsche Übersetzung erschien unter dem Titel: *Faktor Deutschland. Zur Sensibilität der Beziehungen zwischen den Niederlanden und der Bundesrepublik*, Den Haag/Wiesbaden 1984.

⁷ Ebd. S. 211.

⁸ J.L. HELDRING, *Politiek-psychologische aspecten in de verhouding tussen Nederland en Duitsland*, in: M. PRANGEL/H. WESTHEIDE (Hrsg.), *Duits(land) in Nederland. Waar ligt de toekomst van de Nederlandse germanistiek?*, Groningen 1988, S. 59.

Ostgrenze eine kontinentale Großmacht entstanden und erhielten die Begriffe Sensibilität und Verwundbarkeit aus niederländischer Perspektive einen dauerhaften Charakter. Durch das erheblich größere Gewicht Deutschlands ging das bilaterale Verhältnis gepaart mit einer kulturellen, wissenschaftlichen und auch politischen Ausstrahlung auf den kleineren Partner. Dies führte zu einer der Zwiespältigkeit förderlichen Einsicht, daß das Band mit Deutschland einerseits von größter Wichtigkeit war, andererseits jedoch gerade eine Bedrohung für die nationale Autonomie und Identität darstellte.⁹ Dieses latente Bewußtsein von Sensibilität und Verwundbarkeit nahm in den Zeiten deutschen Machtstrebens manifeste Formen an, wobei die gerade in Krisenzeiten so unterschiedlich gearteten politischen Systeme auf beiden Seiten der Grenze zu einer weiteren Verstärkung solcher Gefühle führten. In solchen Perioden entwickelte sich dem mächtigen Nachbarland gegenüber eine abwehrende Haltung, die sich nicht nur durch ein Unterstreichen der traditionellen Neutralitätspolitik kennzeichnete, sondern auch durch ein verstärktes Gefühl nationaler Identität. So wichtig die Aufrechterhaltung strikter Neutralität aus niederländischer Sicht auch erachtet wurde, in Krisenzeiten waren es die Großmächte, die über das Gelingen dieser Politik entschieden. Sie waren es, die untereinander ausmachten, ob die Niederlande sich einem internationalen Konflikt entziehen konnten oder nicht. In den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts waren die Niederlande von der preußischen Expansion verschont geblieben, da Bismarck keinen Konflikt gesucht hatte. 1914-1918 war es gelungen, sich aus dem Krieg herauszuhalten, weil die neutrale Haltung der Niederlande den Interessen Deutschlands und Englands entsprach. Doch in der Außenpolitik Nazi-Deutschlands war kein Raum für einen autonomen Staat der Niederlande. Mit der niederländischen Kapitulation vom 14. Mai 1940 sollte die Autonomie ein Ende finden. Fünf Jahre lang sollte die niederländische Verwundbarkeit Deutschland gegenüber sich in einer extremen Form offenbaren.

Gerade weil viele bis zum Mai 1940 gehofft hatten, daß die Niederlande, wie auch im Ersten Weltkrieg, außerhalb des Kriegsschauplatzes bleiben könnten, hatten der Schock des deutschen Angriffs und die darauf folgende Besatzungszeit ein tiefes Trauma zur Folge. Die noch lange Zeit nachwirkende psychische Distanz im Hinblick auf Deutschland stand jedoch nach 1945 einer rational kalkulierten Politik bezüglich der östlichen Nachbarn keinesfalls im Weg. Bereits während des Krieges hatte die Londoner Exilregierung sich von der Idee leiten lassen, daß die deutschen Industriekapazitäten - mit Ausnahme der Kriegsindustrie - nicht wesentlich angetastet werden durften. Konzepte wie der amerikanische Morgenthau-Plan, der eine Agrarisierung Deutschlands vorsah, trafen sich keineswegs mit den niederländischen Interessen, denn die Niederlande brauchten für ihren eigenen Wiederaufbau die Wiederherstellung der Vorkriegsfunktion Deutschlands als Lieferant von Kapitalgütern. Es entsprach vollkommen dieser Linie, daß die Niederlande 1947 zu den kräftigsten Befürwortern einer Einbeziehung Deutschlands in das Europäische Wiederaufbauprogramm (Marshall-Plan) gehörten. Sicherlich hatte dieser niederländische Pragmatismus auch eine Kehrseite, die in zunächst umfangreichen

⁹ Vgl. H.W. VON DER DUNK, *Die Niederlande im Kräftespiel zwischen Kaiserreich und Entente*, Wiesbaden 1980.

Annexionsforderungen bestand.¹⁰ Die Leitlinien der niederländischen Politik gegenüber Deutschland waren jedoch von Nüchternheit und Realismus geprägt.

Dies zeigte sich auch, als nach dem definitiven Auseinanderbrechen der alliierten Kriegskoalition im Jahre 1947 unter dem Eindruck des Ost-West-Konflikts und unter Führung der Großen Drei eine Entwicklung eingeleitet wurde, die aus dem ehemaligen Feind einen politischen und militärischen Bündnispartner machen sollte. Auch die Niederlande, die keinen Rückzug in die Neutralitätspolitik der Vorkriegszeit anstrebten, zweifelten nicht an der Notwendigkeit einer solchen Politik. Andererseits führte diese Zukunftsperspektive zu einem Dilemma in der Sicherheitspolitik. 1949, im Gründungsjahr der Bundesrepublik, prallten im niederländischen Außenministerium die Meinungen aufeinander, ob in der Haager Deutschlandpolitik der Sicherheit vor Deutschland oder der Sicherheit mit Deutschland vor der Sowjetunion Priorität eingeräumt werden sollte. Der Weg aus diesem Dilemma hieß Integration, Einkapselung, Einbettung des westdeutschen Staates in die westliche Zusammenarbeit. Sowohl für diejenigen, die in der frühen Nachkriegszeit noch auf eine mögliche neue deutsche Gefahr fixiert waren, als für diejenigen, die ab 1947/48 im Kalten Krieg primär Angst vor der Sowjetunion hatten, bot diese Integrationspolitik seit der Gründung der Bundesrepublik die passende Antwort. Zunächst würde es einer in den Westen eingekapselten und deshalb auch von der westlichen Zusammenarbeit abhängigen Bundesrepublik an Spielraum für erneute machtpolitische Abenteuer fehlen. Zugleich bedeutete Integration die als notwendig erfahrene westliche Verstärkung gegen die Sowjetunion. Darüber hinaus bot eine westdeutsche Integration dem Westen die Gelegenheit, den Wiederaufbau Deutschlands ohne Risiken fortzusetzen und dabei selbst von dem westdeutschen Potential zu profitieren. Wichtig war auch, daß auf diese Weise eine politisch-ideologische Interessengemeinschaft entstünde, die die Grundlage der Demokratie in dem jungen westdeutschen Staat dauerhaft stärken könnte. Außerdem würde die Einkapselung der Bundesrepublik eine deutsch-russische Annäherung auf Kosten des Westens oder eine Neutralisierung Deutschlands verhindern. Dahinter stand nicht nur die Sorge, daß dies zu einer Wiederholung der früheren deutschen Mittellage zwischen Ost und West führen würde, sondern auch, daß die Sowjetunion ein neutrales Deutschland in seinen Machtbereich ziehen könnte. Ein unbewaffnetes, neutrales Deutschland würde ein Machtvakuum im Herzen Europas schaffen, von dem eine destabilisierende Wirkung ausginge, während die Bewaffnung eines neutralen Deutschlands, so ein internes Memorandum des Außenministeriums vom Dezember 1951, "dem instabilen, politisch unreifen, aber potentiell mächtigen Deutschland in Europa sicher auf die Dauer

¹⁰ So legte Außenminister van Kleffens im September 1945 einen Plan auf den Tisch, wonach die Niederlande um ein Drittel vergrößert werden sollten. Im Sommer 1946 forderte die Regierung offiziell die Annexion von 1750 km². Letztendlich sollten im April 1949 ungefähr 70 km² unter vorläufige niederländische Verwaltung kommen, die nach der Ratifizierung des Ausgleichsvertrages 1963 größtenteils wieder zurückgegeben wurden; vgl. für diese Annexions- bzw. Grenzkorrekturpolitik, F. WIELENGA, *Partner uit noodzaak*, S. 385ff; vgl. auch LADE-MACHER, *Zwei ungleiche Nachbarn*, S. 213ff.

eine nahezu entscheidende Stimme geben würde". Kurz: Als Ausweg aus dem Dilemma zwischen 'Schutz vor' Deutschland und 'Sicherheit mit' demselben Deutschland vor der Sowjetunion entschloß sich Den Haag für eine 'positive' Integration der Bundesrepublik in die westliche Zusammenarbeit. Positiv in dem Sinne, daß der westdeutsche Staat als gleichberechtigter Partner in die westliche Staatengemeinschaft aufgenommen und eine Mitgliedschaft zweiter Klasse vermieden werden sollte. Diese hätte nämlich antiwestliche Stimmungen in der Bundesrepublik fördern und der Zuverlässigkeit des zukünftigen Bündnispartners abträglich sein können.

Bei der Westintegration stellte sich vor allem die Frage, ob die Bundesrepublik sich zu einem verlässlichen und berechenbaren Partner entwickeln würde und ob tatsächlich mit den Deutschen eine dauerhafte Partnerschaft aufzubauen wäre. In diesem Zusammenhang standen zwei Fragen im Mittelpunkt: Zum einen ging es um die Berechenbarkeit und Verlässlichkeit der bundesdeutschen Außenpolitik und zum anderen um die Frage nach der Demokratiefähigkeit des neuen Staates und seiner Bevölkerung. Auf diese Fragen wurde in den frühen fünfziger Jahren sowohl in der Presse als auch auf diplomatischer und politischer Ebene mit großer Skepsis reagiert. Wichtig dabei war, daß aus niederländischer Sicht die deutsche Sehnsucht nach Wiedervereinigung die eigentliche politische Triebfeder der übergroßen Mehrheit in der Bundesrepublik wäre und daß deswegen die Deutschen eine große Neigung zur Neutralität hätten. Dies führte zu einer dauerhaften Wachsamkeit der niederländischen Beobachter. "Die Deutsche Einheit?", so fragte sich die katholische Tageszeitung *De Volkskrant* im Dezember 1950, "Natürlich, im Notfall mit dem Teufel. Die Sehnsucht nach Gesamtdeutschland macht sie (die Deutschen, FW) realitätsblind und taub für alle Warnungen".¹¹ Auch die Unterzeichnung der Deutschland- und EVG-Verträge im Mai 1952 setzte die Angst vor einem erneut 'unruhigen' Deutschland kein Ende. Im September 1952 wurde in einer im Außenministerium erstellten Kabinettsaufzeichnung auf die Gefahr hingewiesen, daß die Bundesrepublik künftig Zusammenarbeit mit der Sowjetunion ansteuern könnte: "Auch Stresemann hat in den zwanziger Jahren Deutschland in die westeuropäische Zusammenarbeit der Locarno-Verträge geführt, aber kurze Zeit später hat Deutschland dem Westen den Rücken gekehrt und ist es seinen eigenen Weg in Mittel- und Osteuropa gegangen".¹²

'Rapallo', 'Alleingang', 'Neutralismus', es waren diese Begriffe, die immer wieder in der Berichterstattung der niederländischen Diplomaten in Bonn, im Außenministerium selbst, in der Presse und auf der höchsten politischen Ebene auftauchten. Zugespitzt formuliert, war nur Bundeskanzler Konrad Adenauer ein Lichtblick für die besorgten Niederländer. "Die einzige gegenwärtige Garantie in Deutschland ist die Position Adenauers", behauptete der niederländische Botschafter in Bonn, de Booy, im August 1951, und er fuhr fort: "Diese Garantie bedeutet etwas, weil Adenauer auch wohl das Gute will, doch es ist sehr die Frage, ob die

¹¹ Vgl. Valstrik, in: *De Volkskrant*, 29.12.1950; vgl. WIELENGA, *Partner uit noodzaak*, S. 149.

¹² Ebd., S. 146.

Leute, die nach Adenauer kommen, denselben Weg einschlagen." Im Gegensatz zu seinem sozialdemokratischen Gegenspieler Kurt Schumacher wurde Adenauer gar zur Personifizierung eines für den Westen zuverlässigen Deutschlands, ja zum Rettungsanker gegen Tendenzen in Richtung Neutralismus. Nicht verwunderlich war es deshalb, daß sowohl in amtlichen als auch in politischen Kreisen vielfach behauptet wurde, Adenauer dürfe vom Westen nicht im Stich gelassen werden. Konkret bedeutete das, daß der Bundeskanzler für sein primäres Anliegen - Souveränität der Bundesrepublik - in Den Haag Unterstützung fand, sei es auch, daß aus niederländischer Sicht eine souveräne Bundesrepublik nur im Rahmen der europäisch-atlantischen Zusammenarbeit denkbar war. Wurde Adenauer als der Garant der Westbindung gesehen, über eine Bundesregierung unter Schumacher machte man sich hingegen in den Niederlanden keine Illusionen. Sollte Adenauer das Feld räumen müssen und der SPD-Vorsitzende Bundeskanzler werden, könnte Deutschland in eine neutralistische Richtung abdriften, wonach dann in einem wiedervereinigten Deutschland "das Auspielen von Ost gegen West und vice versa nach Herzenslust beginnen" könne, so ein äußerst besorgter Botschafter de Booy im Herbst 1951.¹³ Derartige Sorgen reichten bis weit in die *Partij van de Arbeid* (PvdA), die sozialdemokratische Schwesterpartei. Gegenüber dem deutschen Botschafter im Haag nannte der PvdA-Vorsitzende, Koos Vorrink, Schumacher einmal wegen seiner nationalistisch gefärbten außenpolitischen Positionen "ein Unglück für Deutschland und Europa". Der PvdA-Sekretär für internationale Angelegenheiten, Alfred Mozer, der sich in Deutschland mehrmals leidenschaftlich für die Integration der Bundesrepublik in den Westen ausgesprochen hatte, bekam sogar Sprechverbot auf SPD-Versammlungen.¹⁴ Das Mißtrauen der niederländischen Sozialdemokraten war vor allem deswegen so stark, weil die SPD die deutsche Wiedervereinigung als eine vordringlichere Zielsetzung als die westeuropäische Integration betrachtete. Auf dem Gebiet der Außenpolitik fühlte die PvdA sich denn auch primär mit Adenauers CDU verbunden, während die Genossen eher als eine Gefahr für die Nachkriegsordnung gesehen wurden.

Das primäre Ziel der Westintegration der Bundesrepublik bedeutete jedoch nicht, daß Den Haag, um das Bonmot François Mauriacs zu zitieren, Deutschland so sehr liebte, daß man sich freue, zwei davon zu haben. Nicht eine eventuelle Wiedervereinigung, sondern eher die deutsche Teilung wurde bis Mitte der fünfziger Jahre als Risiko für die europäische Sicherheit gesehen. Wiedervereinigung, so eine Kabinettsnote des Außenministers Jan Willem Beyen aus dem Sommer 1953, würde jedoch nur nach einer Entspannung des Ost-West-Verhältnisses stattfinden können. Vor das Dilemma zwischen Westintegration einerseits und Entspannung sowie deutscher Wiedervereinigung andererseits gestellt, lautete die Wahl des Außenministers: "Meines Erachtens ist der Kern der Sache der, daß der Westen unmöglich ohne weiteres die atlantische und europäische Zusammenarbeit (also unter

¹³ Die beiden vorhergehenden Zitate ebd., S. 149 und S. 151.

¹⁴ Vgl. F. WIELENGA, *Alfred Mozer: Europeaan en democraat*, in: M. KROP/M. ROS u.a. (Hrsg.), *Het twaalfde jaarboek voor het democratisch socialisme*, Amsterdam 1991, S. 135-164.

Einschluß Deutschlands) einer 'Entspannung' opfern kann, die mit der 'Wiedervereinigung' Deutschlands einhergeht. Mit anderen Worten, die 'Wiedervereinigung' kann für den Westen 'als Ganzes' vorläufig noch kein Ziel an sich sein und wird nötigenfalls auf ein Nebengleis geschoben werden, solange die Russen nicht bereit sind, daran durch akzeptable Bedingungen mitzuarbeiten".¹⁵

Anders formuliert bedeutete dies, daß aus niederländischer Sicht als Alternative für den Status quo mit einer in den Westen integrierten Bundesrepublik nur ein erweiterter Status quo in Frage kam, wobei das wiedervereinigte Deutschland zum Westen gehören würde. Angesichts der Tatsache, daß Wiedervereinigung unter diesen Bedingungen zu Recht als eine einstweilen noch rein theoretische Möglichkeit abgetan wurde, blieb realistischlicherweise nichts anderes übrig, als auf dem eingeschlagenen Weg der Westintegration voranzuschreiten.

Die Angst im niederländischen Außenministerium und in der niederländischen Presse vor einem erneut 'unruhigen' Deutschland und vor einem neuen 'Rapallo' war jedoch viel größer als die tatsächliche Gefahr einer solchen Entwicklung. Es ist hier zwar nicht der Ort, darauf ausführlich einzugehen, jedoch ist die Feststellung wichtig, daß es in der Bundesrepublik der frühen fünfziger Jahre keine Mehrheit für außenpolitische Experimente mit der Sowjetunion gab. Außerdem fehlte es der Bundesrepublik an politischem Spielraum für eine Außenpolitik, die nicht mit den westlichen Interessen im Einklang gewesen wäre. Für das Deutschlandbild dieser Jahre bedeuten solche Wahrnehmungsmuster, daß hier Kategorien der dreißiger Jahre das Denken bestimmten. Übersehen wurde, daß es seit 1945 kein selbständiges Deutschland mehr gab, das sich selbst einen Platz zwischen Ost und West aussuchen konnte. Die Wahrnehmung auf niederländischer Seite war darauf gerichtet, daß auch nur scheinbar bedrohliche Entwicklungen immer hervorgehoben wurden und sich dadurch immer wieder selbst bestätigten.

Mit dem Inkrafttreten der Pariser Verträge (Souveränität und NATO-Beitritt Westdeutschlands) im Mai 1955 war die Westintegration der Bundesrepublik formell vollzogen. Obwohl auch später die Frage der Verlässlichkeit der deutschen Außenpolitik nicht verschwand und auch der Begriff 'Rapallo' noch manchmal auftauchte, die große Unsicherheit und Skepsis der frühen fünfziger Jahre waren vorbei. Wurde bis 1955 die deutsche Teilung als potentielleres Sicherheitsrisiko für Europa betrachtet, ab Mitte der fünfziger Jahre gewöhnte man sich allmählich an die scheinbare Normalität der deutschen Teilung, die nun eher als Bedingung der europäischen Sicherheit angesehen wurde. Das bedeutete zwar nicht, daß eine deutsche Wiedervereinigung abgelehnt wurde - schließlich blieb sie auf dem Papier Ziel des westlichen Bündnisses - dieses Ziel ließ sich jedoch nicht nach westlichen Vorstellungen verwirklichen und so wurde die Bundesrepublik in zunehmendem Maße als fester Bestandteil eines europäischen Status quos betrachtet. Kriterium für die Beurteilung der Bundesrepublik als Partner des Westens blieb die Antwort auf die Frage, ob sie die westliche Zusammenarbeit bleibend der Lösung der nationalen Frage vorziehen würde. Der Prüfstein blieb, daß Bonn an der Fortsetzung und Vertiefung der Westintegration der Bundesrepublik nicht rütteln würde.

¹⁵ WIELENGA, *Partner uit noodzaak*, S. 180.

Wichtiger Zeitabschnitt zur Prüfung dieser Frage waren die Anfangsjahre der sozialliberalen Ost- und Deutschlandpolitik 1969-1972. Führt diese Politik zu Zweifeln an der außenpolitischen Zuverlässigkeit des westdeutschen Partners? Ging, wie in den frühen fünfziger Jahren, das Gespenst von 'Rapallo' in politischen und amtlichen Kreisen um? Die niederländische Meinungsbildung über die Bonner Entspannungspolitik zeigte, wie sehr sich die Ansichten über Deutschland seit den fünfziger Jahren zum Positiven gewandelt hatten. Bereits vor 1969 hatte der niederländische Botschafter in Bonn, De Beus, mit Sympathie über 'den Mut' der SPD berichtet, die Oder-Neiße-Grenze anerkennen zu wollen. Daß sich die SPD durch ihre als realistisch angesehene Haltung in der Grenzfrage Mühe gab, Illusionen über die Wiedervereinigung auszuräumen und so zu größerer Nüchternheit bezüglich der nationalen Frage beizutragen versuchte, wurde sowohl in der Bonner Botschaft als auch im Haager Außenministerium durchaus positiv kommentiert. Sicherlich wurde dabei erkannt, daß die Versuche zur Normalisierung des Verhältnisses zu Ost- und Mitteleuropa und der dazugehörige Realismus auch zum Ziel hatten, den europäischen Status quo zu durchbrechen. Aber angesichts "der westdeutschen Angst vor dem Kommunismus, dem starken Bedürfnis nach Sicherheit, dem Bewußtsein, nur mit Unterstützung der westlichen Verbündeten nationale Bestrebungen verwirklichen zu können, und der Sowjetpolitik" sah man in diplomatischen Kreisen im Jahre 1968 "keinen Anlaß zur Besorgnis über einen möglichen deutschen Alleingang, ein neues Rapallo".¹⁶

Abwartend positiv, dieser Begriff kennzeichnete auf Regierungsebene die Haltung beim Antritt der SPD-FDP-Regierung. Außenminister Joseph Luns meinte Ende Oktober 1969, er sei mit den Passagen über die Ostpolitik in Brandts Regierungserklärung "völlig einverstanden". Er fügte dem jedoch "ohne an den Rapallovvertrag erinnern zu wollen" hinzu, "daß eine stärkere Bindung Westdeutschlands an Westeuropa nützlich wäre".¹⁷ Auch die praktische Umsetzung der Ostpolitik wurde durchweg unterstützt, wobei zwei große Unterschiede zur Meinungsbildung in den frühen fünfziger Jahren auffallen: einmal die stark verringerte Intensität der internen Diskussion und zweitens das Fehlen von Besorgnis über die öffentliche Meinung der Bundesbürger - eine Besorgnis, die knapp zwanzig Jahre zuvor noch so stark spürbar gewesen war. Daraus läßt sich nicht nur ableiten, daß aus niederländischer Sicht die Bundesrepublik formell in den Westen integriert war, sondern auch, daß die Bundesbürger als verlässliche Westeuropäer betrachtet wurden, die die Westintegration 'verinnerlicht' hatten.

Dieser veränderte Kontext schloß eine aufmerksame Beobachtung der Politik Brandts selbstverständlich nicht aus. Dabei tauchte im Haager Außenministerium wiederholt die Frage auf, ob die Bundesregierung mit ihrem Beitrag zur Entspannung "die Kräfte, die sie, zweifellos mit sehr guten Absichten wachgerufen hat,

¹⁶ Vgl. Archief Buitenlandse Zaken (nachfolgend: BuZa), Dld.W., Toenadering tot het Oostblok, Dl. 1 1967-1970, Map 3381, Telegramm De Beus an BuZa, 21.3.1968.

¹⁷ Algemeen Rijksarchief, Den Haag. (nachfolgend ARA), Protokolle Ministerrat (MR), 31.10.1969.

auch im Zaume halten kann." Damit war die Gefahr eines möglichen zunehmenden Einflusses der Sowjetunion in Westeuropa gemeint.¹⁸ Furcht vor einer 'Eigendynamik' der Ostpolitik klang auch aus der Berichterstattung des Botschafters in Bonn. Obgleich er wiederholt jeden Vergleich zwischen Brandts Ostpolitik und 'Rapallo' ins Reich der Fabeln verwies, schloß er eine Schwächung des Atlantischen Bündnisses und eine Entpolitisierung der EWG nicht aus. Er sah zwar keine Hinweise dafür, daß die Bundesregierung oder die SPD bewußt darauf aus seien, doch es bliebe eine potentielle Gefahr, daß die deutsch-russische Normalisierung westlichen Interessen schaden könnte. Um diese Gefahr abzuwenden, schien es dem Botschafter im August 1970 "dringender denn je notwendig", Großbritannien und andere EWG-Mitgliedskandidaten so schnell wie möglich in die Europäische Gemeinschaft aufzunehmen und den Integrationsprozeß zu beschleunigen. Gleichzeitig sollte das "Äußerste" getan werden, "um eine Schwächung des politischen und militärischen Engagements zu verhindern" und "um die Bundesrepublik im westlichen Lager zu halten. Gelingt uns dies nicht, ist die Finnlandisierung Europas kein bloßes Gedankenspiel mehr".¹⁹ Solche besorgten Töne resultierten jedoch nicht aus der durch die Bundesregierung tatsächlich verfolgten Politik, die als ein durchaus willkommener westdeutscher Beitrag zur Verbesserung der Ost-West-Beziehungen gesehen wurde. Die Unsicherheit hinter den Kulissen gründete sich denn auch nicht auf Furcht vor einem deutschen Alleingang, sondern auf ein unvermindertes Mißtrauen gegenüber der sowjetrussischen Politik, in die die Bundesrepublik verstrickt werden könnte, sollten sich die Beziehungen zum Westen lockern.

Die Schlußfolgerung, daß die niederländische Regierung die sozialliberale Ost- und Deutschlandpolitik positiv beurteilte - unter der Bedingung, daß die Verankerung der Bundesrepublik in den Westen fortgesetzt und soweit wie möglich verstärkt würde - läßt sich auch für die wichtigsten niederländischen Tages- und Wochenzeitungen ziehen. Nur auf der konservativen Seite (*De Telegraaf* und *Elsevier*) gab es kritische Beobachter, die glaubten, Symptome eines neuen deutschen Neutralismus entdecken zu können. Außerdem würde die Bundesrepublik westliche Interessen aufs Spiel setzen und dadurch dem sowjetrussischen Einfluß in Europa Tür und Tor öffnen.²⁰ Quantitativ und qualitativ wichtiger waren die positiven Stellungnahmen in den überregionalen Tageszeitungen *NRC Handelsblad*, *de Volkskrant*, *Het Parool* und *Trouw*. Wichtig war zunächst die Beruhigung darüber, daß die Normalisierung der Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten im Rahmen der Politik des westlichen Bündnisses stattfand, so daß an der atlanti-

¹⁸ BuZa, 912.2, Dld.W. - Polen, Verhoudingen en diplomatieke betrekkingen, Dl. III 1965-1970, Map 3429, Memo DEU/ME an Chef DEU, 23.11.1970.

¹⁹ BuZa, 912.2, Dld.W. - Sovjet-Unie, Dl. VII 1970, Map 3439, Telegramm De Beus an BuZa, 11.8.1970.

²⁰ Vgl. ausführlich HESS/WIELENGA, *Duitsland in de Nederlandse pers - altijd een probleem? Drie dagbladen over de Bondsrepubliek 1969-1980*, Den Haag 1982.

schen Treue der Bundesrepublik nicht gezweifelt zu werden brauchte. Gelobt wurden nicht nur die konkreten Zeichen der Versöhnung, wie etwa der Kniefall Willy Brandts in Warschau 1970, sondern auch, daß die Bundesrepublik jetzt die geographischen Realitäten der Nachkriegszeit zum Ausgangspunkt der neuen Politik gemacht hatte. Daß Bonn keine Macht-, sondern Ausgleichspolitik betrieb, war für ein Land wie die Niederlande, in dem gern moralische Maßstäbe an die internationale Politik angelegt werden, ein besonderer Grund, diese Politik grundsätzlich zu begrüßen. In einem Rückblick aus dem Jahre 1975 hieß es dazu in einem Leitartikel der für die Auslandsberichterstattung wichtigsten niederländischen Tageszeitung *NRC Handelsblad*: "Diese Wendung zum Realismus, weg von allen Resten eines Revanchismus haben wir stets begrüßt. Die Ostpolitik, Katalysator wie auch Teil der Ost-West-Entspannungspolitik, machte es möglich, den deutschen Verbündeten als einen normalen europäischen Staat zu sehen, der eine höchst wichtige, aber nicht länger durch Mythen motivierte Rolle in Europa spielt".²¹

Vor diesem Hintergrund wundert es nicht, daß Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre, als die Entspannungseuphorie schon längst vorbei war und Ost und West in einen neuen Kalten Krieg hineinzugleiten drohten, die Bemühungen von Bundeskanzler Helmut Schmidt um den Dialog zwischen den Blöcken nicht abreißen zu lassen, in der niederländischen Presse positiv beurteilt wurden. Als Schmidt Anfang Juli 1980 nach Moskau reiste, um die festgefahrenen Ost-West-Beziehungen zu entkrampfen und die Sowjet-Führung zu Verhandlungen über die sogenannte Nulllösung bezüglich der Mittelstreckenraketen zu bewegen, fand er in den tonangebenden Medien nachdrücklich Unterstützung. Wichtig dabei war - und hier zeigt sich erneut der rote Faden in der Beurteilung der bundesdeutschen Außenpolitik -, daß an der westlichen Treue der Bundesregierung nicht gezweifelt zu werden brauchte. *NRC Handelsblad* kommentierte: "Schmidts Auftreten in Moskau war eine Demonstration der Bonner atlantischen Orientierung, und auch darüber kann man zufrieden sein."²² In der liberalen *Volkskrant* wurde ähnlich argumentiert, indem in einem Leitartikel Zufriedenheit geäußert wurde über die "Behutsamkeit" von Bundeskanzler Schmidt, "dem zu Recht viel daran gelegen ist, sich nicht den Vorwurf eines 'deutschen Alleingangs' einzuholen".²³ Mit dieser positiven Beurteilung der deutschen Außenpolitik der späten siebziger und frühen achtziger Jahre, die nach dem Regierungswechsel von 1982 kein Ende fand, stand die Presse nicht allein. Auch in der öffentlichen Meinung fand sie Unterstützung, wie aus Tabelle 1 hervorgeht.

²¹ Zit. nach HESS/WIELENGA, *Pers*, S. 83; vgl. auch: J.C. HESS und F. WIELENGA, "Gibt es noch Ressentiments ...?" *Das niederländische Deutschlandbild seit 1945*, in: J.C. HESS/H. SCHISLER (Hrsg.), *Nachbarn zwischen Nähe und Distanz. Deutschland und die Niederlande*, Frankfurt am Main 1988, S. 13-36.

²² Vgl. *Beweging*, in: *NRC Handelsblad*, 3.7.1980.

²³ Vgl. *Schmidts reis*, in: *de Volkskrant*, 2.7.1980.

Tabelle 1: Außenpolitik USA und Bundesrepublik (1983)

	USA	Bundesrepublik
positiv	29%	51%
negativ	28%	6%
keine Meinung	43%	43%

Quelle: Ch.J. VANEKER/Ph.P. EVERTS, *Buitenlandse politiek in de Nederlandse publieke opinie*, Clingendael, Den Haag 1984, S. 158.

Nicht nur im Vergleich zu den Vereinigten Staaten schnitt die Außenpolitik der Bundesrepublik 1983 positiv ab. Die Antworten auf die Frage "Welche Länder betreiben Ihrer Meinung nach eine gute bzw. eine schlechte Außenpolitik?" ergaben folgendes Bild mit der Bundesrepublik an dritter Stelle nach den neutralen Staaten Schweden und der Schweiz.

Tabelle 2: Außenpolitik im internationalen Vergleich (1983)

	gute Außenpolitik	schlechte Außenpolitik
Schweden	26%	2%
Schweiz	25%	2%
Bundesrepublik DId.	23%	3%
Ver. Staaten	21%	23%
Dänemark	16%	1%
Großbritannien	14%	7%
Österreich	13%	2%
Frankreich	12%	9%
Belgien	12%	3%

Quelle: VANEKER/EVERTS, *Politiek*, S. 165.

Anschließend stellt sich die Frage, wie auf den Fall der Berliner Mauer und die deutsche Vereinigung reagiert wurde. Auch hier zeigt sich eine deutliche Parallele zwischen der durchaus positiven Haltung der öffentlichen Meinung einerseits und der der Presse und der Politik andererseits. Zunächst einige Umfrageergebnisse. Im November 1989 und im Februar 1990 führte 'Eurobarometer' in den 12 EG-Staaten eine Umfrage zur Haltung zur deutschen Vereinigung durch:

Tabelle 3: Haltung zur deutschen Vereinigung im internationalen Vergleich (November 1989 und Februar 1990)

	Für		Gegen		Keine Meinung	
	11/89	2/90	11/89	2/90	11/89	2/90
Spanien	84%	81%	7%	5%	9%	13%
Portugal	83%	74%	7%	5%	10%	21%
Griechenland	83%	74%	3%	11%	15%	15%
Irland	81%	75%	7%	8%	13%	18%
Italien	80%	77%	10%	11%	10%	12%
Frankreich	80%	66%	9%	15%	10%	19%

Deutschland	78%	77%	14%	11%	8%	11%
NIEDERLANDE	76%	59%	12%	21%	12%	20%
Großbritannien	71%	64%	17%	18%	12%	17%
Belgien	71%	61%	15%	19%	14%	19%
Luxemburg	63%	52%	28%	25%	9%	23%
Dänemark	59%	56%	22%	26%	19%	18%
EG12 (Durchschnitt)	78%	71%	12%	13%	11%	16%

Quelle: Eurobarometer, Nov. 1989/Febr. 1990.

Aus dieser Tabelle geht hervor, daß es im November 1989 in den südlichen Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft, in Frankreich und in Irland überdurchschnittlich viel Befürworter der deutschen Vereinigung gab. Die Niederlande lagen mit 76% Befürwortern nur knapp unter dem Durchschnitt, aber waren deutlich positiver als die anderen Beneluxstaaten und Dänemark. Im Februar 1990 war die Zustimmung in allen Ländern geringer geworden, in den Niederlanden sogar überdurchschnittlich. Im Vergleich zu den anderen kleinen Nachbarländern, fielen die Niederländer in ihrer Zustimmung jedoch nicht aus dem Rahmen, befanden sie sich eher an gehobener Stelle.

Wenn man mehrere in den Niederlanden durchgeführte Umfragen zur deutschen Einheit aus der Periode zwischen März 1989 und Oktober 1990 zusammenstellt, entsteht folgendes Bild:

Tabelle 4: Haltung zur deutschen Vereinigung (März 1989 - Oktober 1990)

Quelle	Monat/Jahr	dafür	dagegen	keine Meinung
NIPO*	03/89	57%	14%	22%
Flash/Euro- Barometer	11/89	76%	12%	12%
Intomart	13.11/89	60%	18%	22%
Interview	29.11/89	54%	27%	19%
NIPO**	02/90	51%	24%	5%
Interview	15.2/90	52%	23%	25%
Intomart	02/90	50%	25%	25%
NIPO	03/90	66%	24%	10%
NIPO	04/90	64%	22%	14%
Intomart	07/90	67%	9%	25%
Flash/Eurobarometer	10/90	70%	16%	14%
Eurobarometer	11/90	70%	16%	15%

* gleichgültig: 7%

** gleichgültig: 20%

Quelle: Der niederländische Beirat für Frieden und Sicherheit (Hrsg.), *Deutschland als Partner*, Den Haag 1994, S. 86.

Auch wenn es erhebliche Verschiebungen zwischen den Ergebnissen gab, es zeigte sich fast dauernd eine deutliche absolute Mehrheit (von 50 bis 76%) für die Vereinigung. Der Prozentsatz der Gegner schwankte von 9 bis 27 und die der Unent-

schiedenen bzw. Gleichgültigen von 5 bis 25. Sucht man nach einem roten Faden in den Antworten, dann kann von einer eindeutigen konsistenten Struktur nicht die Rede sein, höchstens von einem gewissen Trend, der darauf hinweist, daß von Ende November 1989 bis Februar 1990 die Zahl der Befürworter geringer als vor- und nachher war. Die Erklärung liegt möglicherweise darin, das bis zur Präsentation des 10-Punkte-Plans von Helmut Kohl am 28. November 1989 die Frage nach der deutschen Vereinigung trotz des Mauerfalls eher noch als theoretisch und als noch nicht aktuell empfunden wurde. Als die deutsche Vereinigung sich Anfang 1990 tatsächlich reell abzeichnete, wuchs das Unbehagen und verringerte sich die Zustimmung, um anschließend wieder auf 70% hochzusteigen. Die Zahl der Gegner und der Unentschiedenen bzw. Gleichgültigen verringerte sich dann wieder, entweder weil man sich damit abfand, daß die Vereinigung nicht mehr aufzuhalten war²⁴, oder weil man nach anfänglichem Zweifel feststellte, daß Deutschland sich nicht im nationalistischen Rausch, sondern nach demokratischen Spielregeln vereinigte. Interessant ist schließlich die Aufteilung nach Altersgruppen:

Tabelle 5: Einstellung zur Vereinigung nach Alter (November 1989)

	dafür	dagegen	keine Meinung
Gesamt	54%	27%	19%
18-24 Jahre	65%	25%	10%
25-34 Jahre	57%	21%	22%
35-44 Jahre	55%	26%	19%
45-54 Jahre	52%	31%	17%
55-64 Jahre	47%	31%	22%
65 +	44%	37%	19%

Quelle: *Algemeen Dagblad*, 1.12.1989.

Der Tabelle läßt sich sehr deutlich entnehmen, daß die Anzahl der Befürworter mit steigendem Alter der Befragten abnahm, während umgekehrt die Zahl der Gegner gerade unter den älteren Generationen größer war. Nicht völlig in Übereinstimmung mit dieser Umfrage von Ende November 1989 war die Altersverteilung bei der Interview-Umfrage von Mitte Februar 1990. Zwar waren erneut unter den Älteren die meisten Gegner zu finden - diesmal vor allem in der Altersgruppe der 55-64jährigen (42%) - doch die meisten Befürworter waren nun zwischen 35 und 44 Jahre alt (64%). Im Gegensatz zur Umfrage vom November 1989 lag die Gruppe der 18-24jährigen unter dem Durchschnitt: lediglich 47% sprachen sich für die deutsche Vereinigung aus.²⁵

²⁴ Vgl. Ph. P. EVERTS, *Meinungen über Deutschland in den Niederlanden. Eine Notiz für den Beirat für Frieden und Sicherheit*, in: Beirat für Frieden und Sicherheit (Hrsg.), *Deutschland als Partner*, Den Haag 1994, Anhang 3, S. 86.

²⁵ Vgl. *NRC Handelsblad*, 24.2.1990.

Durchaus positiv war auch die Reaktion in amtlichen und politischen Kreisen. Dabei standen, nachdem die internationale Euphorie über den Fall der Mauer abgeebbt war und der rasche Zusammenbruch der DDR deutlich gemacht hatte, daß die Wiedervereinigung sich vollziehe, in Den Haag die altbekannten Begriffe Integration, Einbettung und Verankerung Deutschlands erneut im Mittelpunkt. Auch wenn Ministerpräsident Ruud Lubbers in Bonn mit seiner Aussage über die Untastbarkeit der europäischen Grenzen, womit er anscheinend auch die deutsch-deutsche Grenze meinte, für Irritationen sorgte, die Regierung und die politischen Parteien haben den deutschen Wunsch nach Einheit im Vereinigungsjahr 1989/90 durchaus unterstützt. "Wir setzen (...) keine Fragezeichen hinter das Ob," sagte Außenminister Hans van den Broek im Februar 1990 im Parlament, "wir haben höchstens Fragen bezüglich des Wie: Wie sollen die Grenzen garantiert werden? Wie wird die Einbindung des neuen Deutschlands in die Europäische Gemeinschaft stattfinden? Wie wird ein Sicherheitsarrangement um das neue Deutschland herum aussehen?"²⁶

In den Antworten, die Den Haag darauf gab, sind unmittelbar die alten Vorstellungen von einem erweiterten Status-quo der frühen fünfziger Jahre zu erkennen: das vereinigte Deutschland müsse Mitglied der NATO sein und der westeuropäische Integrationsprozeß beschleunigt fortgesetzt werden. Wie wichtig dies für Den Haag war, zeigte sich, als Moskau 1990 zu erkennen gab, daß eine Regelung der externen, sicherheitspolitischen Aspekte der deutschen Einheit nicht ohne weiteres mit der staatlichen Einheit zusammenzufallen brauche. Außenminister Van den Broek gehörte zu den ersten, die gegen diese Loskoppelung von internen und externen Aspekten Widerstand anmeldeten. Nicht ohne Grund fürchtete er für diesen Fall eine unüberschaubare Sicherheitssituation in Europa und eine mögliche Schwächung der westlichen Zusammenarbeit. So, als ob die niederländische Regierung in dieser Sache ein Mitspracherecht hätte, faßte das *NRC Handelsblad* die Haager Reaktion zusammen unter dem Titel: "Die Niederlande weisen Sowjet-Angebot für die Einheit Deutschlands zurück".²⁷ Dieser Satz macht jedoch deutlich, daß die Niederlande ihr Sicherheitsinteresse direkt berührt sahen und deshalb unmittelbar reagierten.

Verborg sich dahinter die Furcht vor einem vereinten Deutschland? Falls ja, resultierte dann das Plädoyer für den erweiterten Status quo bezüglich NATO und EG aus dieser Furcht? Auf den ersten Blick könnte man die empfundene Notwendigkeit einer fortgesetzten Einbettung des nun vereinigten Deutschlands so verstehen. Sieht man sich die Argumentation näher an, dann zeigt sich, daß trotz des roten Fadens der Begriffe Integration und Verankerung, die dahinter liegenden Ziele seit den fünfziger Jahren eine wesentliche Änderung erfahren hatten. War es in der frühen Phase der Bundesrepublik um den Schutz gegen Deutschland und um den Schutz mit Deutschland gegen die Sowjetunion gegangen, so ging es 1990 primär darum, die Errungenschaften der deutschen Westintegration zu sichern. Im

²⁶ Vgl. *Handelingen Tweede Kamer*, 22.2.1990, 44-20665.

²⁷ Vgl. *Nederland wijst Sovjet-aanbod voor eenwording Duitsland af*, in: *NRC Handelsblad*, 8.5.1990.

Vordergrund stand der Erhalt der NATO-Strukturen und der der Europäischen Gemeinschaft als Basis für ein künftiges Europa - nicht aus Angst vor Deutschland, sondern weil ohne ein integriertes Deutschland ein stabiles Europa als Illusion angesehen wurde. Aus niederländischer Sicht war klar, daß das 'Europäische Haus', das wegen seiner vagen Konzeption ohnehin schon mit Skepsis betrachtet wurde, auf Treibsand stünde, wenn das einzige Fundament, die Europäische Gemeinschaft, unterminiert würde. Und für die Feststellung, daß Deutschland ein Eckpfeiler in diesem Fundament war, genügte ein einziger Blick auf die Landkarte. Das europäische Sicherheitsrisiko liege nicht in einem vereinigten und integrierten Deutschland, so ein Bericht vom Frühjahr 1990 der 'Alfred Mozer-Stiftung' der Partei der Arbeit, sondern weiter (süd-)ostwärts in den aufflammenden Nationalitätenkonflikten und der dortigen sozioökonomischen Instabilität.²⁸ Nur ein eng kooperierendes Westeuropa könne einen Beitrag zum sozialen, ökonomischen und politischen Aufbau und zur Stabilität der ehemaligen Ostblockländer liefern. Eine Schwächung der westlichen Zusammenarbeit würde Deutschland, ob es wolle oder nicht, schon aufgrund seines politischen und wirtschaftlichen Gewichts zur eigenständigen Einmischung in die potentiellen Brandherde in Mittel- und Osteuropa zwingen. Eine Einmischung, die nicht nur weniger effektiv wäre als ein gemeinsames westeuropäisches Vorgehen, sondern die auch zu weiterer europäischer Desintegration führen und der gemeinsamen Sicherheit schaden würde. Dies umso mehr, als eine Desintegration Westeuropas das amerikanische Engagement für diese europäische Sicherheit ernsthaft in Gefahr bringen könnte.

Diese Nüchternheit auf niederländischer Seite im Hinblick auf den deutschen Einigungsprozeß schloß andererseits das Fehlen von Unbehagen und Kritik nicht aus. Bei manchem Beobachter verbarg sich hinter dem Plädoyer für eine Beschleunigung und Vertiefung der europäischen Integration sicherlich auch der Gedanke, daß Deutschland nicht anfangen dürfe, aus eigener Kraft die Geschicke des alten Kontinents zu bestimmen. Die Verankerung Deutschlands wurde als die maximale Garantie für ein europäisches Deutschland und gegen ein deutsches Europa gesehen. Von daher auch gab es empfindliche Reaktionen in Politik und Presse, als die Bundesregierung Initiativen ergriff, ohne die Verbündeten zu konsultieren (u.a. der Zehn-Punkte-Plan Bundeskanzler Kohls vom November 1989 sowie die Ankündigung und Durchführung der deutschen Währungsunion 1990). Auch litt in weiten Kreisen das Image der Bundesrepublik zu Beginn des Jahres 1990 durch das Ausbleiben einer deutlichen Haltung zur Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Andere meinten ferner, in der herablassenden Haltung mancher 'Wessis' den 'Ossis' gegenüber sowie in der Weise, in der westdeutsche Politiker bei den Volkskammer-Wahlen vom März 1990 dominierten, den Vorboten einer deutschen Dampfwalze in Europa zu sehen. Antideutsche Auslassungen auf hoher politischer Ebene wie in Großbritannien im Sommer 1990 (Ridley- und 'Chequers'-Affäre) gab es in den Niederlanden jedoch nicht, und insofern simplifizierende Aussagen

²⁸ Alfred Mozer Stichting (Hrsg.), *Een verenigd Duitsland en de toekomst van Europa*, PvdA Amsterdam, Mai 1990.

über ein zukünftiges 'Viertes Reich' gemacht wurden, handelte es sich eher um isolierte und von daher auch nicht repräsentative Äußerungen.²⁹

Dies führt zu dem Schluß, daß trotz der positiven Grundhaltung zur deutschen Vereinigung durchaus auch eine gewisse Ambivalenz sichtbar wurde. "Natürlich muß man sich erst daran gewöhnen, auch in den Niederlanden", kommentierte das *NRC Handelsblad* am Tag vor der staatlichen Einigung: "Wer ein kleines Haus mit einem kleinen Garten besitzt, sieht bei den Nachbarn nicht gern ein zusätzliches Stockwerk entstehen, denn kann die Sonne dann noch auf den Rasen scheinen?" Den sich vereinigenden Deutschen wurde jedoch auch gratuliert: "Deutschland, 120 Jahre nach der Schlacht bei Sedan, ist keine 'verspätete Nation', sondern ein Land, in dem Freiheit und Demokratie nun für jedermann gelten; und dazu sind Glückwünsche angebracht."³⁰ Im Sommer 1990 hatte diese Zeitung zustimmend festgestellt, daß der Vereinigungsprozeß sich auf sehr nüchterne Weise vollzog "ohne nationalistische Demagogie der politischen Spitze und ohne nationalistische Äußerungen in der Bevölkerung."³¹ Am 3. Oktober wies die protestantische Tageszeitung *Trouw* auf die Notwendigkeit hin, daß "die deutsche Politik nicht die europäische bestimmen wird, sondern die europäische Politik die deutsche". Im selben Leitartikel gab das Blatt jedoch Vertrauen in das neue Deutschland zu erkennen, indem es zugleich für einen permanenten Sitz Deutschlands im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eintrat: "Deutschland wird in der Weltpolitik eine wichtigere Rolle einnehmen müssen".³² "Glückwunsch ... und Beunruhigung", lautete die Schlagzeile eines Leitartikels des *Algemeen Dagblad*, in dem die Frage gestellt wurde, wie das neue Deutschland mit seiner erweiterten Macht umgehen werde.³³ Im gleichen Sinne empfand die sozialdemokratisch orientierte *Volkskrant* es als verständlich, daß "dieses neue vereinigte Deutschland nicht überall mit großer Begeisterung empfangen" wurde.³⁴ *Het Parool* schließlich, ebenfalls sozialdemokratisch orientiert, verneinte die Frage, ob "der deutschen Klumpen (...) nicht zu schwer im europäischen Magen" liegen würde, "weil die Welt und die Deutschen sich verändert haben." Es wurde ein "vielsagendes Detail" genannt, daß der alte Name Bundesrepublik Deutschland auch die offizielle Bezeichnung für das neue Deutschland bleiben sollte: "Es ist eine Frage der Symbolik: die Bundesrepublik steht für eine offene, bescheidene, westlich orientierte und demokratische Gesellschaft." Dies sei vertrauenerweckend, wie auch die Tatsache, daß "die Deutschen

²⁹ Vgl. die Beiträge in: *Meningen over ... Duitse eenheid. 'Het derde Duitse wonder'*, Amsterdam 1990.

³⁰ Vgl. *Een verenigd Duitsland ... en Europa*, in: *NRC Handelsblad*, 2.10.1990.

³¹ Vgl. *Duitse eenheid*, in: *NRC Handelsblad*, 2.7.1990.

³² Vgl. *Duitslands verantwoordelijkheid*, in: *Trouw*, 3.10.1990.

³³ Vgl. *Gelukwens ... en ongerustheid*, in: *Algemeen Dagblad*, 3.10.1990.

³⁴ Vgl. *Duitsland*, in: *De Volkskrant*, 3.10.1990.

begreifen, daß sie bei der europäischen Zusammenarbeit viel zu gewinnen haben (...)".³⁵

"Holland fällt der Abschied (von der deutschen Teilung, FW) schwer", faßte Anfang Oktober die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* die niederländische Haltung zusammen.³⁶ Hinter dieser Beurteilung verbarg sich ein Denken, das eher von dem sich in der Bundesrepublik hartnäckig haltenden Klischee der 'antideutschen' Niederlande ausging als von der tatsächlichen Haltung. Sicher, die Niederlande verfolgten im deutschen Vereinigungsjahr aufmerksam die Entwicklungen im größer werdenden Nachbarland, doch Zustimmung und nicht Mißtrauen stand dabei an erster Stelle. Das Bewußtsein, daß Westdeutschland als Partner und Verbündeter ein demokratischer und westlich orientierter Staat war, stand an der Basis eines nüchternen Wahrnehmungsmusters, in dem heftige Schreckreaktionen die Ausnahme waren und eine positive Haltung deutlich überwog. Daß daneben auch Unbehagen und Ambivalenz spürbar waren, muß vor dem Hintergrund einer verständlichen Unsicherheit über die Zukunft Europas nach dem Verschwinden der so vertraut gewordenen Nachkriegsordnung als normal gelten. Große politische Veränderungen bringen schließlich immer Unsicherheit mit sich, und dies gilt um so mehr, wenn es um eingreifende Änderungen in den internationalen Beziehungen geht. Unbehagen und Ambivalenz auf niederländischer Seite ist darüber hinaus vor dem Hintergrund des am Anfang bereits erwähnten strukturellen Spannungsfeldes zwischen zwei 'ungleichen Nachbarn' zu sehen. Gerade weil die Niederlande in vielerlei Hinsicht abhängig von Deutschland sind, es viele gemeinsame Interessen gibt und auch viele Ähnlichkeiten zwischen Deutschen und Niederländern festzustellen sind, kurz: weil die Niederlande durch tausend Fäden mit Deutschland verbunden sind, gibt es auf niederländischer Seite das fast vorprogrammierte Bedürfnis, den Deutschen zu zeigen, daß man nicht als das siebzehnte Bundesland perzipiert, sondern als eigenständige Nation betrachtet werden möchte. Das ist nicht als antideutsch zu bezeichnen, sondern gehört zum normalen Spannungsverhältnis zwischen einem kleinen Land, das sich manchmal Sorgen über seine Selbständigkeit und die Aufrechterhaltung der eigenen Identität macht, und einem großen Nachbarn mit einem erheblichen politischen und wirtschaftlichen Gewicht in Europa. Die Frage nach der eigenen Identität hat Anfang der neunziger Jahre sicherlich an Bedeutung gewonnen. Dies hängt nicht nur mit der deutschen Vereinigung zusammen, sondern auch mit der allgemeinen Unsicherheit über die Zukunft Europas, nun da alte Sicherheiten verschwunden sind.

Faßt man die niederländische Haltung zur deutschen Frage nach 1945 zusammen, dann ist erstens als roter Faden die Bedeutung der Integration der Bundesrepublik in die westliche Zusammenarbeit hervorzuheben. Am Anfang stand dabei sicherlich auch Angst vor Deutschland, allmählich verschwand diese Angst jedoch in den Hintergrund und bei der deutschen Vereinigung wurde betont, daß die Errungenschaften dieser Integration nicht aufs Spiel gesetzt werden dürften. Wenn überhaupt, so die vorherrschende Meinung, dann seien die heutigen Probleme

³⁵ Vgl. *Duitsland een*, in: *Het Parool*, 3.10.1990.

³⁶ Vgl. *Holland fällt der Abschied schwer*, in: *FAZ*, 2./3.10.1990.

me in Europa nur in Zusammenarbeit zu lösen. Die EG und die NATO wurden dabei als die einzigen wirklich wirksamen internationalen Organisationen betrachtet. Zweitens ist nochmal die Bedeutung der Inkongruenz, des Gegensatzes klein-groß im bilateralen Bereich zu betonen. Dieses Merkmal führt zu einem Spannungsbereich auf psychologischem Gebiet, der in Zusammenhang mit der Besatzungszeit manchmal plötzliche niederländische Ausbrüche von Kritik oder Emotionen zur Folge hat. Diese Wellen schlagen manchmal hoch, beruhigen sich aber immer wieder relativ schnell, und deren Bedeutung sollte man nicht überbewerten.

Zieht man den roten Faden aus der Zeit bis zur deutschen Vereinigung nun weiter, dann liegt es auf der Hand, daß nach Oktober 1990 die Erwartungen an Deutschland zunächst einmal Kontinuität hießen: Kontinuität des deutschen Integrationswillens in den bewährten europäischen und atlantischen Organisationen. Natürlich war man sich in Den Haag dabei im klaren, daß mehr noch als für andere westeuropäische Staaten sich für Deutschland die Koordinaten der internationalen Beziehungen seit 1989/90 geändert hatten und daß die Bundesrepublik von einem westlichen zu einem mitteleuropäischen Staat geworden war, der außerdem nun auch wirklich souverän handeln konnte. Schneller als die anderen ehemaligen EG-Partner steuerte Deutschland eine Osterweiterung der Gemeinschaft an. Für die Niederlande, traditionell immer stärker westlich, atlantisch und maritim orientiert, hat es seit 1990 einige Zeit gedauert, bis man sich mit dieser Osterweiterung angefreundet hatte. Im Jahre 1990 hieß es noch, es ginge um Vertiefung, inklusive Deutschland selbstverständlich, und nicht um Erweiterung der EG. Zwar haben die Niederlande diesen Standpunkt inzwischen verlassen, eine Osterweiterung dürfe jedoch die Schlagkraft bei der europäischen Beschlußfassung nicht negativ beeinträchtigen. Seit 1990 setzte in Den Haag ebenfalls eine allgemeine Neuorientierung der Außenpolitik ein, wobei der traditionelle niederländische Blick aufs Meer und auf die angelsächsischen Mächte sich mehr und mehr zum Kontinent hinbewegt. Es wundert nicht, daß Deutschland in diesem Zusammenhang viel Aufmerksamkeit gewidmet wird. So hat der Beirat für Frieden und Sicherheit, ein Sachverständigenrat beim Außenministerium, 1994 einen von den Außen- und Verteidigungsministern in Auftrag gegebenen Bericht über Deutschland und die niederländisch-deutschen Beziehungen vorgelegt. *Deutschland als Partner* lautete der Titel dieses auch ins Deutsche übersetzten Berichts, und darin wurde eine Reihe von Vorschlägen mit dem Ziel gemacht, die außenpolitische Zusammenarbeit zwischen Den Haag und Bonn weiter zu intensivieren.³⁷ Dazu gehörte u.a. der Vorschlag, sich gemeinsam mit der Bundesrepublik um die Frage zu kümmern, wie der befürchtete Verlust an Schlagkraft der EU verhindert werden könne. Selbstverständlich sollten solche Beratungen nicht auf die Bundesrepublik beschränkt bleiben, sondern auch andere an der Vertiefung des Integrationsprozesses interessierte Länder miteinbeziehen, so fügte der Beirat in seinen Empfehlungen hinzu und dachte dabei bestimmt an den alten Kern der EG-Gründerstaaten. Auch plädierte der Beirat für

³⁷ Zur Zeit arbeitet der wissenschaftliche Beirat der niederländischen Regierung an einem ähnlichen Bericht, der nicht nur Deutschland, sondern die gesamte Außenpolitik betrifft. Es ist davon auszugehen, daß Deutschland darin sehr viel Aufmerksamkeit gewidmet wird.

einen regelmäßigen und besser strukturierten bilateralen Gedankenaustausch auf verschiedenen Ebenen (Minister und Staatssekretäre, hohe Beamte, Parlamentsmitglieder und Sachverständige). Die Konkretisierung dessen ist schon in die Wege geleitet und die erste Konferenz in diesem Rahmen wird noch 1995 stattfinden. Auf militärischem Gebiet solle, so der Beirat, die Zusammenarbeit ebenfalls intensiviert werden, indem außer der Bildung des deutsch-niederländischen Heereskorps auch für Marine und Luftwaffe über Integrationsformen nachgedacht werde. Was Osteuropa anbelangt, zog der Beirat Konsequenzen aus der neuen internationalen politischen Lage. Die Niederlande sollten ihre Unterstützung der osteuropäischen Reformprozesse substantiell erhöhen, vielleicht auch zusammen mit Deutschland im Rahmen des Programms Partnerschaft für den Frieden, praktische militärische Zusammenarbeit mit osteuropäischen Staaten suchen.

Faßt man die Empfehlungen des Beirates zusammen, dann ist klar zu erkennen, daß eine Umorientierung der niederländischen Außenpolitik in Gang gekommen ist, die der neuen deutschen Schlüsselrolle in Europa Rechnung trägt und die zum Ziel hat, dazu beizutragen, daß die deutsche Verankerung in den euro-atlantischen Institutionen aufrechterhalten bleibt. Nachdrücklich betont sei dabei, daß der Begriff 'Verankerung' in den Niederlanden schon längst nicht mehr den negativen und mißtrauischen Beigeschmack der fünfziger Jahre hat. Die Meinungsbildung über die deutsche Einheit 1989/90, sowie über die außenpolitische Rolle, die das vereinigte Deutschland aus niederländischer Sicht zu übernehmen habe, zeigen, daß in dem Blick über die Ostgrenze ein halbes Jahrhundert nach Ende des Zweiten Weltkrieges zu einem Gutteil historische Reflexe und Assoziationen fehlen und daß in den Niederlanden der 1990er Jahre von einem nuancierten und differenzierten Wahrnehmungsmuster Deutschland gegenüber gesprochen werden kann.